

1. Die Innenminister und -senatoren der Norddeutschen Küstenländer betrachten die aktuelle Entwicklung im Bereich des Rechtsextremismus, insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Tötungsdelikte in Halle und in Kassel, mit großer Besorgnis. Sie verurteilen diese Angriffe auf unsere freiheitliche demokratische Grundordnung mit aller Schärfe. Die Innenminister und -senatoren der Norddeutschen Küstenländer stellen fest, dass der Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus neben dem Islamismus und islamistischen Terrorismus eine wachsende Gefahr für die Sicherheit der Menschen darstellt und eine große Herausforderung für die Sicherheitsbehörden bedeutet. Die Nord-IMK betont, dass der effektive Kampf gegen diese Gefahren nur gemeinsam von den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder mit einem wirksamen, aufeinander abgestimmten Maßnahmenpaket geführt werden kann.
2. Die Innenminister und -senatoren der norddeutschen Küstenländer nehmen vor diesem Hintergrund das für diese Sitzung erstellte aktuelle Lagebild Rechtsextremismus für den Bereich der norddeutschen Küstenländer zur Kenntnis und sehen darin einen wertvollen Überblick über rechtsextremistische Strukturen und Potenziale und deren Entwicklungen (u.a. überregionale Netzwerkentwicklungen) in Norddeutschland. Das Lagebild kann als Grundlage für die Prüfung und Entwicklung konkreter Maßnahmen dienen.
3. Die Innenminister und -senatoren der norddeutschen Küstenländer beauftragen ihre Verfassungsschutzbehörden das Lagebild jährlich zur Nord-IMK fortzuschreiben und hierbei zu prüfen, inwieweit es im Hinblick auf länderübergreifende Strukturen in Norddeutschland verdichtet werden kann. Hierbei ist das Lagebild noch inhaltlich weiter zu entwickeln und um Kriterien wie antisemitische Aktivitäten zu erweitern.
4. Sie beauftragen ihre Verfassungsschutzbehörden außerdem mit einem regelmäßigen, strukturierten Informationsaustausch, um die Weiterentwicklung der bestehenden Informationswege zwischen den Küstenländern im Bereich Rechtsextremismus / Antisemitismus weiter zu intensivieren, zu systematisieren und weitere Maßnahmen im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu entwickeln. Ein Schwerpunkt ist hier die koordinierte Analyse und Aufklärung rechtsextremistischer Strukturen, Netzwerke und Einzelpersonen im Internet mit dem Ziel der verbesserten Früherkennung von Risikopotenzialen.
5. Um die sicherheitsbehördlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus weiterzuentwickeln erachten die Innenminister und -senatoren der Norddeutschen Küstenländer die Verbesserung der finanziellen, personellen, infrastrukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Sicherheitsbehörden für notwendig. Sie fördern darüber hinaus die Schritte der Sicherheitsbehörden in Richtung
 - Ausweitung der Internetauswertung,
 - methodische Professionalisierung und Verstärkung der operativen Aufklärungsarbeit in Norddeutschland,
 - Ausweitung von Strukturermittlungen,
 - Intensivierung von Lageanalysen und operativer Auswertung der Polizeibehörden im Bereich Rechtsextremismus,
 - die systematische Analyse personenbezogener Erkenntnisse unter Anwendung des derzeit beim BKA in Entwicklung befindlichen Risikobewertungsinstrument für den Phänomenbereich PMK rechts (Radar rechts) sowie
 - die umfassende Auswertung und koordinierte Bearbeitung des durch das BKA generierten Informationsaufkommens mit regionalem Bezug.